

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung



vom 26. September 2019



Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer, ergriff das Wort, nachdem Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld Nachfragen zur Arbeiterwohlfahrt (AWO) ins Leere laufen lassen wollte. Auf ihre Bemerkung, die Staatsanwaltschaft prüfe die Vorgänge zum Finanzgebaren der Organisation im Zusammenhang mit dem Betrieb der Flüchtlingsheime und daher dürfe sie keine Auskunft erteilen, entgegnete Rahn: *„Das lässt schon die Vermutung zu, dass die Staatsanwaltschaft fündig geworden ist. Und dass die Prüfung längere Zeit dauern wird.“* Mittlerweile habe die AfD einen Akteneinsichtsausschuss eingerichtet.

„Mit Verlaub, Frau Dezernentin, ich habe noch nie so grottenschlecht geführte Akten gesehen wie dort. Da stimmt die Chronologie nicht und es fehlen Seiten - häufig ausgerechnet jene, auf denen die wesentlichen Informationen drauf sind. Dann sind Mails da, die Bezug nehmen auf andere, die dann auch nicht vorhanden sind“, führte der AfD-Fraktionschef aus. Die zuletzt von einem CDU-Stadtverordneten geäußerte Vermutung, mit Beginn der Flüchtlingskrise habe Goldgräberstimmung geherrscht, - was im Plenum große Empörung hervorgerufen hatte! -, scheine sich zu bewahrheiten. *„2015/16 musste die Stadt Frankfurt in kürzester Zeit Immobilien und Personal bereitstellen. Damit war sie überfordert, und deshalb froh, dass es irgendjemand machte. Sie war bereit, einen hohen Preis zu bezahlen und hat die Ausgaben nicht nachgeprüft. Genau das hat unsere Akteneinsicht bestätigt“,* ergänzte Rahn. Die Stadt habe deutlich zu viel für Leistungen bezahlt. Obwohl die AWO noch weit mehr gefordert hat, als Frankfurt dann letztendlich zu entrichten bereit gewesen sei. Aber das war dennoch übermäßig hoch. *„Sie haben nicht übergeprüft, ob die Zahlungen angemessen waren und die vereinbarten Leistungen erbracht worden sind oder nicht“,* schloss der AfD-Fraktionsvorsitzende.





Monika Krause, kulturpolitische Sprecherin der AfD im Römer, erklärte den Stadtverordneten, weshalb ihre Fraktion die unzureichende Magistratsvorlage [M123](#) abgelehnt hat. In der Vorlage beantragte der Magistrat die Zustimmung zur Planung und Konzepterstellung eines Kinder- und Jugendtheaters im Zoogesellschaftshaus. „Die Sanierungskosten für das Zoogesellschaftshaus werden auf 38 Mio. Euro, und für das Kinder- und Jugendtheater mit 13 bis 14 Mio. Euro angegeben“, rechnete Krause vor. „Zu den laufenden Kosten eines Kinder und Jugendtheaters, wie z. B. Personal- und Sachkosten, finden sich keine Hinweise in dem Antrag. Das erscheint alles recht intransparent und es ist nicht nachvollziehbar, wie die zukünftige

Finanzierung des laufenden Betriebs aussehen soll. Wir schaffen dadurch ein Fass ohne Boden“, so die kulturpolitische Sprecherin der AfD. Die Finanzierung der fortlaufenden Kosten des Kindertheaters basiere auf Vermutungen, dass die 500 geplanten Plätze tatsächlich bei den laufenden Vorstellungen durch Eintrittskarten kostendeckend verkauft würden. Schaut man sich z. B. die Bezuschussung der Eintrittskarten von den städtischen Bühnen an, ist klar zu erkennen, dass ohne die massive Subventionen seitens der Stadt Frankfurt die Aufführungen im derzeitigen Umfang nicht gewährleistet wären. Jährlich beliefen sich diese Zuwendungen immerhin auf stolze 75 Mio. Euro. „Bei der aktuellen angespannten Haushaltslage der Stadt Frankfurt sollten zukünftige finanzielle Belastungen dieser Art dringend vermieden werden. Aus diesem Grund fordert die AfD-Fraktion den Magistrat mit ihrem Antrag [NR971](#) auf, vor weiteren Planungsmaßnahmen der Stadtverordnetenversammlung detaillierte Angaben über die zu erwartenden laufenden Kosten und Einnahmen des Kinder- und Jugendtheaters vorzulegen“, sagte Krause. Das Zoogesellschaftshaus könne alternativ besser für den Zoobetrieb mit seiner Zooverwaltung, Zoogesellschaft, KfW-Stiftung, Zooschule und geplanten Conservation Center genutzt werden. Gerade die Planung des Conservation Centers, das verschiedene Organisationen an einem Ort bündeln soll, wäre ein wichtiges und unterstützenwertes Vorhaben, um eine Internationalität zur Biodiversität zu erreichen. Der Aufbau solch wichtiger Zukunftsprojekte würde dem Frankfurter Zoo großes Renommee bringen, sagte die AfD-Stadtverordnete.



Abgesehen davon werde die Stadt Frankfurt zukünftig eher zu viele als zu wenige Pflichtausgaben zu erbringen haben. Da sollte auch die Überlegung nicht abwegig sein, dass ein Kinder- und Jugendtheater in die Planung der städtischen Bühnen miteinbezogen wird. „Zudem sollte auch überlegt werden, wie die Zukunft der Bezuschussung im Kulturbereich aussehen könnte. Aufgrund der angespannten Haushaltslage der Stadt Frankfurt, müssten Ausgaben im Kulturbereich zuvorderst nur bei aussagekräftigen, finanzierbaren und transparenten Projekten erfolgen“, gab Krause nachdrücklich zu bedenken.

Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer



Oliver Wurtz, AfD-Stadtverordneter, nahm sich des gemeinsamen Antrags [NR973](#) der Koalition von CDU-, SPD- und Grünen-Fraktion - 'Frankfurt am Main ist ein sicherer Hafen für Geflüchtete' - an, den die AfD-Fraktion ablehnt. Er wies darauf hin, dass von ihm bereits im vergangenen Jahr auf die in diesem Zusammenhang stark verbreiteten Unwahrheiten, Halbwahrheiten, falschen Fakten und Märchen von der Fraktion der Linken aufmerksam gemacht worden war. „Ja, Seenotrettung ist ein Gebot der Humanität, des Völkerrechts und des internationalen Seerechts“, sagte Wurtz. Seenotrettung heiße aber nicht, dass wer vor der afrikanischen

Küste in Seenot aufgegriffen wurde, nach Europa gebracht werden müsse oder solle. „Eine Seenotrettung im Mittelmeer gibt nicht automatisch ein Recht darauf, in Europa an Land zu gehen“, so der AfD-Stadtverordnete. Die Koalition und insbesondere die CDU hätten offensichtlich nichts, aber auch gar nichts aus den Erfahrungen des Jahres 2015 dazugelernt. Länder, in denen man Urlaub mache, - wie z.B. Tunesien und Marokko - seien bereits sichere Häfen. Wenn in dem Antrag über Gruppen von Schutzsuchenden mit hoher Vulnerabilität die Rede sei und die Integration von Flüchtlingen gelobt werde, wundere ihn das schon. Bekanntlich wisse man doch überhaupt nicht, mit wem man es eigentlich zu tun habe. „Es gibt viele Asylbewerber die ihre Identität getäuscht haben. Es gibt eine Vielzahl von Flüchtlingen mit mehreren Identitäten. 40% der überprüften Flüchtlinge gaben ein falsches Alter an. Das ist Asylbetrug! Seeräuber, Taliban, Djihaad-Touristen, Kriegsverbrecher, Krimineller aller Art sind darunter“, zählte Wurtz auf. Und: „Es gibt ganz klar Flüchtlinge die sich gut integriert haben.



Aber jeder zweite Zuwanderer verfehlt die Sprachziele des Integrationskurses. Drei Viertel aller syrischen Flüchtlinge beziehen Hartz-IV.“ Zudem steige die Flüchtlingskriminalität von Jahr zu Jahr, wie auch die vom Bundeskriminalamt veröffentlichte polizeiliche Kriminalstatistik zeige. An die Adresse der CDU richtete der AfD-Stadtverordnete die Worte: „Bundesinnenminister Seehofer will 25% der im Mittelmeer Geretteten aus Italien aufnehmen. Egal wie viele das dann sind und wer genau da kommt! Die Frankfurter CDU will sie in Frankfurt haben! Wer CDU wählt, bekommt daher automatisch grüne Politik. In Frankfurt, in Hessen und bundesweit.“

Informieren Sie sich:

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Nächste Bürgersprechstunde findet statt: **16. Oktober 2019** um **17** Uhr in den Fraktionsräumen Raum 128.



Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **7. November 2019**

Sprechzeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag – Donnerstag 10 – 15 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de

Internet: www.afd-im-roemer.de

Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:

AfD-Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

ViSdP:

Dr. Dr. Rainer Rahn

(Fraktionsvorsitzender)